

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion Dresden
Koblen & Comp., Nr. 126

Organ für das werktätige Volk

Verantwortl. Red. Amhold, Dresden
und Städt. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beleglohn
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wetzelsplatz 10 Fernsprecher Nr. 25261 Sprech-
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wetzelsplatz 10 Fernsprecher Nr. 25261 und 12707
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile
30 Pf., die 50 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für ausstrahlende An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Beleglieferung 10 Pf.

Nr. 245

Dresden, Mittwoch den 20. Oktober 1926

37. Jahrg.

Ablehnung

Der Diktatorvorstoß kein Referentenentwurf

Das Reichsinnenministerium spielt ein merkwürdiges Spiel. Der insolge eines günstigen Umstandes durch den Sozialdemokratischen Pressedienst bekannt gewordene und von uns gestern kritisch besprochene Referentenentwurf für das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 wurde plötzlich halbwegs verleugnet. Die in dem Entwurf enthaltenen reaktionären Verschärfungen der Diktatorgewalt des Reichspräsidenten und der Reichsregulativ haben die republikanische Öffentlichkeit so erregt, daß man „höheren Orts“ Bedenken bekam. Das Reichsinnenministerium beistete sich daher zu versichern, es handle sich gar nicht um einen Referentenentwurf, es könne nur eine „Partikule“ oder ein „Konzept“ sein, das irrtümlich für einen Referentenentwurf gehalten worden sei. Die Reichsregierung sei in keiner Weise mit einem Referentenentwurf dieser Art und dieses Inhalts befaßt worden. Ueber den vorliegenden Referentenentwurf selbst erklärt sie aber, nichts sagen zu können, weil Inhaltangaben von Referentenentwürfen erst veröffentlicht würden, wenn die Beratungen abgeschlossen seien.

Diese Erklärung des Reichsinnenministeriums erscheint wenig glaubwürdig. Es ist nicht das erste Mal, daß von diesem Entwurf in der Öffentlichkeit die Rede war. Bereits Ende August wurde auf einen Entwurf hingewiesen, der offensichtlich derselbe ist, über den jetzt Einzelheiten veröffentlicht wurden. Damals rühte der Minister von der Arbeit seines Referenten ab und erklärte beschwichtigend, daß „er den Entwurf nur als Grundlage zu Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium und dem Reichsjustizministerium betrachte“. Also schon damals mußte der Minister zugeben, daß dieser Entwurf vorhanden war und daß er sogar zur Verhandlungsgrundlage mit den andern Ministerien bestimmt war. Ueber den Fortgang dieser Verhandlungen hat der Minister Ende September optimistisch genug, zu erklären, daß vertraulich der Entwurf im Laufe des September und Oktober dem Reichskabinett vorgelegt und von ihm beraten werden würde.

Jetzt dagegen streift das Reichsinnenministerium seine eigenen früheren Verlautbarungen ab, behauptet, daß der von uns besprochene Entwurf gar kein Referentenentwurf gewesen sei und auch nicht zur Verhandlungsgrundlage mit andern Ministerien gedient habe. Der Zwiespalt zwischen dem, was es früher zugegeben hat und dem, was es jetzt mitteilt, ist offensichtlich. Gerade diese Zwiespaltigkeit macht die Nachsicht der republikanischen Öffentlichkeit gegenüber dem in Bearbeitung befindlichen Entwurf zur höchsten Pflicht!

Für die Erwerbslosen

Dringende sozialdemokratische Anträge

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:
Der Reichstagsausschuß für Soziale Angelegenheiten beriet am Dienstag die Fragen der Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun gab einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenfürsorge und die Fürsorgemaßnahmen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen sei gegen das Frühjahr um rund 600 000 zurückgegangen, und diese Entwicklung halte an. Der Rückgang sei nur in geringem Maße aus der Jahreszeit zu erklären, vielmehr ist er durch die wirtschaftliche Entwicklung verursacht, aber auch durch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung. Die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge kommen dem überwiegend den langfristigen Arbeitslosen zugute. Nach drei Monaten Beschäftigung bei Vollzeitarbeit haben sie einen neuen Anspruch auf Erwerbslosenfürsorge. Das sei tatsächlich die Lösung der Erwerbslosenfürsorge über zwölf Monate hinaus, aber es, daß noch zwölf Monaten Unterstützung zunächst drei Monate Arbeit folgen. Eine Erhebung über die Auswirkungen mit dem 1. Oktober als Stichtag ist angeordnet. Über Ergebnisse werden Ende Oktober vorliegen.

Am Anlaß hieran begründete Genosse Bren die Anträge seiner Fraktion. Er wies dabei hin auf die nicht nur körperlichen, sondern besonders erschütternden moralischen und seelischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der langfristigen Erwerbslosigkeit und forderte eine

sofortige Erhöhung der Unterstützung und Verlängerung der Bezugsdauer.

Die Redner der übrigen Fraktionen konnten sich unsern Argumenten nicht verschließen; der kommunistische Redner verwechelte, anstatt mit uns in einer Reihe zu stehen, den Ausschuß offenbar mit einer kommunistischen Werberversammlung und glaubte bei dieser Gelegenheit die jährlichen Vorwürfe gegen uns richten zu müssen. Nebenher sprach er von der bürgerlichen Parteien. Er mußte sich vom Vorsitzenden, dem Abg. Esser, sehr energisch zur Sache mahnen lassen. Genosse Wisjmann legte dar, wie die Erwerbslosen in engem Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit der Arbeiter und der Wirtschaft der Konjunkturen von Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise hängen. Es wurde verlangt, eine neue Sitzung des Ausschusses auf Donnerstag vorzunehmen, in der der Arbeitsminister, der Reichspräsident und der Reichsminister über die Klappung der Arbeitslosigkeit vorliegen sollen.

Späte kapitalistische Erkenntnis

Wirtschaftsführer für Freihandel

Das internationale, von zahlreichen Unternehmerführern aller Länder unterzeichnete Wirtschaftsmanifest, das jetzt veröffentlicht wurde, wendet sich auf das entscheidende für die Niederbrechung der Zollschranken, für den Freihandel aus. Der Kampf zwischen Schutzoll und Freihandel hat eine große Rolle gespielt, seitdem die kapitalistische Entwicklung ihr Anfangsstadium überschritten hat. Die Forderung nach Freihandel war eine der wichtigsten Programmpunkte des wirtschaftspolitischen Liberalismus, der besonders seine Heimat in England hatte. Der große Nationalökonom Adam Smith lebte den Völkern, daß ihnen nur der Freihandel wirtschaftliches Wohl bringen könnte, weil er eine weitgehende internationale Arbeitsteilung und damit die denkbar beste Ausnutzung der natürlichen Ressourcen der Länder und der Fähigkeiten der Völker ermöglichte. Es war kein Zufall, daß die Freihandelslehre gerade in England eine so große Bedeutung gewann. England war jahrhundertlang allen Ländern der Erde industriell überlegen. Es war die Welt der Welt, und so hatten große Teile des englischen Bürgertums ein hartes Interesse an der Durchsetzung der freihändlerischen Idee. Um so größer war aber vielfach das Interesse der industriellen und oft auch der agrarischen Unternehmer anderer Länder an Schutzoll. Vor dem Kriege haben wir in den meisten Ländern eine Periode der wirtschaftspolitischen Durchsetzung. Unter dem Schutz hoher Zölle suchte das Unternehmertum, das sich immer fester organisierte, die Verbraucher nach Kräften auszunutzen, und diese Entwicklung setzte sich in der Nachkriegszeit fort. Sie wirkt, wie das Manifest mit gutem Recht ausführt, besonders deswegen verhängnisvoll, weil durch die Friedensverträge wichtige wirtschaftliche Zusammenhänge zerrissen wurden. In Europa ist eine große Reihe kleiner Staaten entstanden, die sich mit Hilfe von Zöllen bemühen, eine eigene Industrie heranzuziehen. Aber gerade in der Nachkriegszeit sind die Wirkungen dieses Schutzollsystems besonders verhängnisvoll. Durch den Krieg ist Europa verarmt, und es müssen die vorhandenen wirtschaftlichen Kräfte so gut ausgenutzt werden, wie nur irgend möglich. Statt dessen eine gefährliche Zersplitterung in zahlreiche kleine und kleinste Wirtschaftskreise, die sich ängstlich voneinander abschließen, und das, obgleich infolge des Friedensvertrages Deutschland und andre Staaten große Zahlungsverpflichtungen haben, die sie auf die Dauer nur mit der Ausfuhr von Waren bezahlen können.

Der gegenwärtige Zustand birgt die Gefahr in sich, daß das alte Europa wirtschaftlich gegenüber Amerika immer mehr ins Hintertreffen gerät. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind von Natur sehr begünstigt, sie sind heute noch immer das größte Petroleum- und Baumwollland der Welt und verfügen über große Kohlenvorkommen und weite fruchtbare Gebiete, auf denen sie Rohstoffe aller Art erzeugen können, aber die Amerikaner wissen auch die Möglichkeiten, die die moderne Technik bietet besser auszunutzen, als das in viele Wirtschaftskreise zerfallene Europa. Immer von neuem bestätigt sich die Erfahrung, daß die Fruchtbarkeit der menschlichen Arbeit gesteigert, die Waren ver-

billigt werden können, wenn es gelingt, Güter gleicher Art an einer Produktionsstätte in großen Massen zu erzeugen. Das berühmte Beispiel des Amerikaners Ford zeigt, wie durch Massenproduktion ein Erzeugnis, wie das Automobil, dessen Einkauf in Europa nur Wohlhabenden möglich ist, zu einem Gegenstand des Massenbedarfs werden kann. Das alles ist aber nur möglich, weil der amerikanischen Industrie ein großes Absatzgebiet zur Verfügung steht, in dem über 100 Millionen Menschen zusammen leben, die keine Zollschranken trennen. Der große Absatz im eigenen Land, der die Massenproduktion ermöglicht, ist aber vielfach die Vorbedingung für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Deswegen ist für das zersplitterte Europa höchste Gefahr im Verzuge.

Die Sozialdemokratie ist stets dafür eingetreten, daß die Völker wie auf allen Gebieten so auch auf dem Gebiet der Wirtschaft zusammenarbeiten. Deshalb nannte man uns ja vaterlandlose Gesellen. Aber wie so oft bestätigt auch hier die Entwicklung die Berechtigung des sozialdemokratischen Strebens. Die meist recht kapitalgewaltigen Herren, die das internationale Wirtschaftsmanifest unterschrieben, sind gewiß keine Sozialisten. Wenn sie jetzt für eine Niederlegung der Zollschranken eintreten, so deshalb, weil sie sehen, daß der gegenwärtige Zustand nicht nur eine schwere Gefahr für die Massen, sondern auch für die gesamte Wirtschaft Europas und damit für ihren Profit und die Erhaltung ihres Kapitals bedeutet. Der schmerzliche Anschauungsunterricht, den wir in der Nachkriegszeit durchgemacht, hat scheinbar auch manchem der sogenannten Wirtschaftsführer die Augen geöffnet.

Wir wissen jedoch, daß von schönen Worten bis zur Tat ein langer Weg ist, mögen auch einzelne einsehen, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weitergeht, wenn nicht schweres Unheil über die Völker kommen soll. Die kleinen und großen Verbände des Unternehmertums werden trotzdem noch wie vor um kleine Zollvorteile kämpfen und karnen, ihre Herren Schuldig werden die Regierung bekümmern, wenn irgendwo die Zollschraube etwas gelockert werden soll, und die bürgerlichen Parteien werden weiter die Zollgebühren ihrer kapitalistischen Auftraggeber besorgen. Haben doch vor kurzem die bürgerlichen Parteien in Deutschland erst wieder die Nahrungsmittelzölle erhöht. Wollen die arbeitenden Massen, daß dem wirtschaftspolitischen Unfug, der heute in der Welt herrscht, ein Ende gemacht wird, so dürfen sie sich nicht auf die schönen Worte der „Wirtschaftsführer“ verlassen, sie müssen vielmehr alles einsetzen, um die Kampfkraft der Sozialdemokratie zu stärken, der Partei des Proletariats, die seit jeher die Zusammenarbeit der Völker erstrebt.

Das Wirtschaftsmanifest

Das angekündigte Manifest der Wirtschaftsführer ist erschienen, wir entnehmen ihm, folgende Ausführungen:
Man kann nicht ohne Bedenken mit ansehen, in welchem Ausmaß Tarifbarrieren, Speziallizenzen und Verträge seit

Herrschaft des Imperiums

Die britische Reichskonferenz

Am Dienstag trat die britische Reichskonferenz zusammen. Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten von England versammelten sich die Ministerpräsidenten der fünf britischen Dominions: Irland, Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland und ein Vertreter Indiens. Die Beratungen werden etwa einen Monat dauern. Sie umfassen die gesamten Reichsprobleme, die seit der letzten Konferenz im Jahre 1923 brennend geworden sind. Das britische Weltreich steht nicht vor dem Zerfall. Es befindet sich auch kaum in einer heftigen Krise. Dennoch vollzieht sich hier ein langwieriger Prozeß, der die Struktur des Reiches verändert. Es handelt sich darum, daß das bisher von England beherrschte Imperium sich allmählich in eine Genossenschaft gleichberechtigter Völker umwandelt. Dieser Umwandlungsprozeß vollzieht sich ohne schwere Erschütterungen. Das britische Weltreich hat keine geschriebene Verfassung, sondern es beruht auf Verkommen und Uebereinkunft, die sich ohne grundsätzliche Änderungen der wechselnden Entwicklung anpassen lassen. Mannigfach sind die politischen Probleme, die die Konferenz beschäftigen. Der Selbständigkeitsdrang der Dominions stößt gegen das Vorbild des auswärtigen Amtes in London, auswärtige Politik für das ganze Reich selbständig zu machen. Einzelne Dominions sind bereits dazu übergegangen, hier und da eigene Gesandte zu ernennen. Australien und Neuseeland machten mehrfach Vorstöße, um der englischen Krone das Recht zu entwinden, die Gouverneure zu ernennen, die sie selber bestimmen wollen. Aber daß das zu einem Zerfall nicht führt, zeigt sich schon daran, daß starke Tendenzen bestehen, die sogenannten Oberkommissare der Dominions in London in das englische Kabinett aufzunehmen oder ein besonderes Kabinett für Reichsfragen zu bilden.

Die Debatte über diese Organisationsprobleme wird am

stärksten bestimmt durch das Vertragswerk von Locarno. Dieser Vertrag bedeutet nicht nur für den europäischen Kontinent den Beginn einer neuen Epoche. Er spielt für das britische Weltreich die gleiche Rolle. Diesen Vertrag hat das Mutterland allein abgeschlossen, den Dominions wurde es freigestellt, das Vertragswerk zu ratifizieren. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie dies tun werden; der Vertrag enthält ja die Verpflichtung, im Falle eines Angriffs Frankreichs auf Deutschland oder Deutschlands auf Frankreich dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Diese Verpflichtung konnte England übernehmen, um auf dem europäischen Kontinent den Frieden zu erhalten und sich damit die Hände für die Weltpolitik freizuhalten. So werden voraussichtlich die Dominions der europäischen Politik des Mutterlandes Beifall zollen, ohne die Verpflichtung einzugehen, dem Mutterland im Kriegsfall zu Hilfe zu eilen.

Neben diesen außenpolitischen und organisatorischen Problemen des Reiches werden auf der Reichskonferenz auch wirtschaftliche Fragen erörtert. Hier ist insoweit etwas Neues aufgetreten, als das Mutterland mehr und mehr zu einem wenigstens teilweisen Protektionismus übergegangen ist. Es wird sich also darum handeln, daß man versucht, die gegenseitige Bevorzugung der Dominions untereinander und mit dem Mutterland zu festigen und Maximieren für eine gemeinsame Handelspolitik des Britischen Reiches zu finden. Wenn aber in den wochenlangen Beratungen die Meinungsverschiedenheiten geklärt und durch die persönliche Zusammenarbeit der verantwortlichen Führer des Mutterlandes und der Dominions eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen ist, dann wird auch ohne schriftliche Vertragsabmachungen das Ziel erreicht sein, das den Einberufern der Konferenz vorsetzt: den Zusammenhalt des britischen Weltreiches und seine imperialistische Herrschaft über die von ihm unterdrückten und von ihm geleiteten Völkern zu sichern.